

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	29
-----------------------	----

ERSTES KAPITEL: SCHULDVERHÄLTNISSE

§ 1 Schuldverhältnisse aus Verträgen und andere Schuldverhältnisse	35
Fall 1: HIV-positiv §§ 241, 823	35
Lerneinheit 1	37
I. Kommentierung von § 241 Abs. 1 S. 1	37
II. Entstehung und Einteilung der Schuldverhältnisse	38
III. Entstehung durch Rechtsgeschäft (§ 311 Abs. 1)	39
1. Entstehung durch Vertrag	39
2. Entstehung durch einseitiges Rechtsgeschäft (einseitig begründete Schuldverhältnisse)	41
IV. Entstehung durch Gesetz (gesetzliche Schuldverhältnisse)	42
V. Ausdrücklich kein Entstehen eines Schuldverhältnisses durch unverlangte Zusendung (§ 241a)	43
§ 2 Das Buch „Recht der Schuldverhältnisse“	44
Fall 2: Automatenaufsteller §§ 573c Abs. 1 S. 1 analog, 280	44
Lerneinheit 2	45
I. Überblick	45
II. Der Allgemeine Teil des Schuldrechts	46
III. Der Besondere Teil des Schuldrechts	46
IV. Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse	47
V. Reihenfolge der Prüfung bei schuldrechtlichen Problemen	48

ZWEITES KAPITEL: INHALT DER SCHULDVERHÄLTNISSE

§ 3 Der Leistungsort des Verkäufers	49
Fall 3: Vermischtes Dieselöl § 269	49
Lerneinheit 3	50
I. Der Leistungsort des Verkäufers	50
II. Die Bestimmung des Leistungsorts	51
III. Holschuld, Bringschuld, Schickschuld	52
1. Holschuld	52
2. Bringschuld	52
3. Schickschuld/Versendungskauf	53
IV. Verbrauchsgüterkauf (§ 474 Abs. 2)	55

§ 4 Der Leistungsort des Geldschuldners	57
Fall 4: Skonto von 3 % § 270	57
Lerneinheit 4	57
I. Besonderheiten der Geldschuld	58
II. Die Geldschuld als qualifizierte Schickschuld	58
III. Der Zeitpunkt der Zahlung	60
1. Die Leistungshandlung entscheidet über die Rechtzeitigkeit	60
2. Der Leistungserfolg entscheidet über das Erlöschen der Schuld	60
IV. Abweichende Regelungen	61
1. Abweichende vertragliche Regelungen	61
2. Abweichende europäische Regelung nach § 286 Abs. 3 S. 1	61
V. Einheitlicher Leistungsort bei gegenseitigen Verträgen	62
§ 5 Der Leistungsort in anderen Fällen	63
Fall 5: Arbeitszeugnis §§ 630, 269	63
Lerneinheit 5	64
I. Einführung	64
II. Holschuld	65
III. <i>Bringschuld</i>	65
IV. Schickschuld	66
§ 6 Gattungsschuld	66
Fall 6: Verlorener Camcorder §§ 243, 269	66
Lerneinheit 6	68
I. Begründung der Gattungsschuld (§ 243 Abs. 1)	68
1. Einführung	68
2. Besonderheiten der Gattungsschuld	69
3. Gattungsschuld und vertretbare Sachen (§ 91)	71
II. Konkretisierung der Gattungsschuld (§ 243 Abs. 2)	72
1. Voraussetzungen der Konkretisierung	72
2. Rechtsfolgen der Konkretisierung	73
§ 7 Die Einrede des nicht erfüllten gegenseitigen Vertrags (§ 320)	73
Fall 7: Dialysezentren § 320	73
Lerneinheit 7	75
I. Hintergrund	75
II. Definition, rechtliche Einordnung	75
III. Voraussetzungen	76
1. Gegenseitigkeit der beiden Leistungen	76
2. Nichterfüllung durch den Gläubiger	77
3. Keine Vorleistungspflicht des verweigernden Teils	77
4. Das Problem der Verjährung (§ 215)	78
5. Vereinbarkeit mit Treu und Glauben	79

6. Leistungsverweigerung mit erkennbarem Bezug auf die fehlende Gegenleistung	79
IV. Rechtsfolgen	80
§ 8 Allgemeines Zurückbehaltungsrecht (§ 273)	80
Fall 8: Stromversorgung §§ 273, 274	80
Lerneinheit 8	82
I. Hintergrund	82
II. Definition	82
III. Voraussetzungen des § 273	82
1. Allgemeine Voraussetzungen	82
2. Problem Verjährung (§ 215)	83
3. Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts im Einzelfall	84
4. Erhebung der Einrede	84
IV. Rechtsfolgen des § 273	85
§ 9 Die Gestaltung von Verträgen durch AGB	85
Fall 9: Unklarheiten im Geschäftsführervertrag §§ 305c, 310	85
Lerneinheit 9	86
I. Einführung	87
II. AGB eines Unternehmers in einem Vertrag mit einem Verbraucher	88
1. Definition der AGB (§ 305 Abs. 1)	88
2. Einbeziehung von AGB nach § 305 Abs. 2	88
3. Auslegung und Anwendung von AGB	88
4. Inhaltskontrolle	89
5. Rechtsfolge	91
III. AGB eines Verbrauchers in einem Vertrag mit einem Unternehmer (§ 310)	92
1. Verbraucher als Verwender	92
2. Die AGB-Vorschriften schützen einen Unternehmer nur eingeschränkt	92
IV. Andere Konstellationen	93
1. AGB eines Unternehmers in einem Vertrag mit einem anderen Unternehmer	93
2. AGB eines Verbrauchers in einem Vertrag mit einem anderen Verbraucher	94
V. Vorformulierte, aber einmalige Vertragsbedingungen eines Unternehmers in einem Vertrag mit einem Verbraucher	94
1. Hintergrund	94
2. Voraussetzungen des § 310 Abs. 3 Nr. 2	95
3. Rechtsfolgen des § 310 Abs. 3 Nr. 2	95
§ 10 Anpassung von Verträgen	96
Fall 10: Überraschende Betriebsfortführung § 313	96
Lerneinheit 10	97
I. Störung der Geschäftsgrundlage	98
1. Einleitung	98
2. Definitionen und Rechtsnatur	98

3. Die Voraussetzungen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§ 313 Abs. 1)	99
4. Rechtsfolge	102
5. Fallgruppen	103
6. Fehlen der Geschäftsgrundlage (§ 313 Abs. 2)	105
II. Einseitige Bestimmung eines Entgelts (§ 315)	106
1. Einseitige Bestimmung der Leistung von Anfang an	106
2. Einseitig bestimmte Preisanpassungen	106

DRITTES KAPITEL: ERLÖSCHEN DER SCHULDVERHÄLTNISSE

§ 11 Möglichkeiten des Erlöschens	108
Fall 11: Großvater in Öl §§ 362, 372, 387, 397	108
§ 12 Erfüllung	109
Fall 12: Veruntreutes Notaranderkonto § 362	109
Lerneinheit 12	110
I. Allgemeines	111
II. Bewirken der geschuldeten Leistung (§ 362)	111
1. Leistungshandlung und Leistungserfolg	111
2. Erfüllung einer Geldschuld	112
3. Keine Teilleistungen	113
4. Leistung durch einen Dritten (§ 267)	113
5. Zuordnung von Schuld und Leistung (§ 366)	114
6. Rechtsfolge der Erfüllung	114
7. Erfüllungsvertrag?	115
8. Leistung an einen Dritten (§ 362 Abs. 2)	116
III. Andere Formen der Erfüllung	118
1. Überblick	118
2. Annahme an Erfüllungs statt (§ 364 Abs. 1)	118
3. Annahme erfüllungshalber	119
§ 13 Aufrechnung	121
Fall 13: Fußpflegesalon §§ 387, 488	121
Lerneinheit 13	122
I. Einführung	123
II. Voraussetzungen der Aufrechnung (§ 387)	123
1. Gegenseitigkeit	123
2. Gleichartigkeit	124
3. Fälligkeit und Durchsetzbarkeit der Forderung des Aufrechnenden (der Aktivforderung)	124
4. Erfüllbarkeit der anderen Forderung (der Passivforderung)	124
5. Kein Aufrechnungsverbot	125
6. Aufrechnungserklärung	125
III. Rechtsfolge der Aufrechnung (§ 389)	125

IV. Aufrechnungsverbote	126
1. Gesetzliche Aufrechnungsverbote	126
2. Vertragliche Aufrechnungsverbote	128
3. Aufrechnungsverbot nach Treu und Glauben	128

VIERTES KAPITEL: RÜCKTRITT, WIDERRUF UND KÜNDIGUNG

§ 14 Rücktritt	130
Fall 14: Zweibrücker Wallach Leon § 346	130
Lerneinheit 14	131
I. Einleitung	132
1. Allgemeines	132
2. Definition des Rücktritts	132
3. Abgrenzung von ähnlichen Rechtsinstituten	132
II. Voraussetzungen des Rücktritts	133
1. Bestehen eines Rücktrittsrechts	133
2. Erklärung des Rücktritts	134
III. Wirkung des Rücktritts: Rückgewährschuldverhältnis	135
IV. Zurückzugewähren ist eine Sache	135
1. Die Sache kann unverändert zurückgegeben werden	135
2. Die Sache hat sich in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht verändert	135
3. Herausgabe von Nutzungen der Sache (§§ 346 Abs. 1, 347 Abs. 1)	137
4. Ersatz von Verwendungen auf die Sache (§ 347 Abs. 2)	139
V. Zurückzugewähren ist Geld	139
1. Das Geld wurde genutzt	139
2. Das Geld wurde nicht angelegt	139
VI. Zurückzugewähren wäre eine Dienstleistung	140
§ 15 Verträge, die ein Verbraucher widerrufen kann	141
Fall 15: 9.000 Euro für die Vermittlung einer Partnerin § 312	141
Lerneinheit 15	143
I. Überblick	144
II. Haustürgeschäfte (§ 312)	145
1. Hintergrund	145
2. Verbraucher und Unternehmer	145
3. Gegenseitiger Vertrag	145
4. Ein besonderer Ort der Bestimmung zum Vertragsschluss	146
5. Ursächlichkeit der örtlichen Situation für den Vertragsschluss	148
6. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	148
7. Rechtsfolgen eines Haustürgeschäfts	150
III. Fernabsatzverträge (§§ 312b–312d)	150
1. Hintergrund	150
2. Voraussetzungen eines Fernabsatzvertrags	150
3. Ausnahmen	151
4. Informationspflichten des Unternehmers	152

5. Widerrufs- oder Rückgaberecht (§ 312d)	153
IV. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen (§ 312f)	155
§ 16 Das Widerrufsrecht	155
Fall 16: Wasserbett „Las Vegas“ §§ 312d, 355, 357 Abs. 3	155
Lerneinheit 16	157
I. Das Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	158
II. Beschränkung der Darstellung auf den häufigsten Fall des Verbrauchervertrags	159
III. Die Widerrufsbelehrung	159
1. Verpflichtung des Unternehmers zur Belehrung	159
2. Gesetzliche Hilfen für eine korrekte Widerrufsbelehrung	160
3. Form und Zeitpunkt der Widerrufsbelehrung	161
IV. Der Widerruf	162
1. Rechtsnatur	162
2. Form	163
3. Inhalt	163
4. Dauer der Widerrufsfrist (§ 355 Abs. 2)	163
5. Fristbeginn und Fristende	164
6. Erlöschen des Widerrufsrechts (§ 355 Abs. 4)	166
V. Rechtsfolgen des Widerrufs	166
1. Grundsätzliche Anwendung der Rücktrittsvorschriften	166
2. Rücksendung	167
4. Kosten der Zusendung	168
5. Verschlechterung beim Käufer	168
6. Verzugszinsen	170
7. Widerruf eines nichtigen Vertrags	170
VI. Alternative zum Widerrufsrecht: Rückgaberecht (§ 356)	170
1. Voraussetzungen	170
3. Ausübung des Rückgaberechts	171
4. Rechtsfolgen der Rückgabe	171
VII. Verbundene Verträge (§§ 358, 359)	171
1. § 358 Abs. 3	171
2. § 358 Abs. 1	172
3. § 358 Abs. 2	173
4. Finanzierter Grundstückskauf (§ 358 Abs. 3 S. 3)	175
5. Einwendungen (§ 359)	176
§ 17 Kündigung	176
Fall 17: Flexitanks § 314	176
Lerneinheit 17	178
I. Rücktritt und Kündigung	178
1. Rücktritt	178
2. Kündigung	178
II. Voraussetzungen einer Kündigung aus wichtigem Grund (§ 314)	179
1. Dauerschuldverhältnis	179
2. Wichtiger Grund	180

3. Abmahnung	180
4. Angemessene Frist nach Kenntnis vom Kündigungsgrund	181
5. Kündigungserklärung ohne Wenn und Aber	181
III. Rechtsfolgen einer Kündigung aus wichtigem Grund	181
IV. Ordentliche Kündigung	182

FÜNFTES KAPITEL: VERANTWORTLICHKEIT DES SCHULDNERS

§ 18 Vorsatz und Fahrlässigkeit	183
Fall 18: Übereifrige Putzfrau §§ 276, 277	183
Lerneinheit 18	185
I. Der Grundsatz der Verschuldenshaftung (§ 276 Abs. 1 S. 1)	186
1. Verschuldensprinzip	186
2. Rechtswidrigkeit	186
II. Vorsatz	187
III. Fahrlässigkeit	187
1. Einfache (leichte) Fahrlässigkeit	187
2. Grobe Fahrlässigkeit	190
IV. Mildere Haftung	191
1. Allgemeines	191
2. Der Schuldner haftet überhaupt nicht, also nicht einmal für Vorsatz	191
3. Der Schuldner haftet nur für Vorsatz	191
4. Der Schuldner haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	191
5. Der Schuldner haftet nur für Vorsatz und Verstöße gegen seine eigenübliche Sorgfalt (§ 277)	193
6. Ausnahme: Keine Haftung des Arbeitnehmers für „leichteste Fahrlässigkeit“	194
V. Strengere Haftung	195
1. Allgemeines	195
2. Haftung ohne Verschulden	195
3. Gefährdungshaftung	196
VI. Zurechnungsfähigkeit (§ 276 Abs. 1 S. 2)	197
§ 19 Haftung für Erfüllungsgehilfen	197
Fall 19: Whiskyschmuggel § 278	197
Lerneinheit 19	199
I. Einführung	200
1. Hintergrund	200
2. Definitionen	200
3. Die Person des Erfüllungsgehilfen	200
4. Das Rechtsverhältnis zwischen Schuldner und Erfüllungsgehilfe	201
5. Erfüllungsgehilfe des Erfüllungsgehilfen	201
II. Voraussetzungen einer Haftung für Erfüllungsgehilfen	202
1. Bestehen eines Schuldverhältnisses	202
2. Erfüllung einer Pflicht des Schuldners	202

3. Schuldhaftes Handeln des Erfüllungsgehilfen	203
4. Handeln „bei Gelegenheit“ oder „in Erfüllung“ der Verbindlichkeit	203
5. Keine abweichende vertragliche Regelung	204
III. Rechtsfolgen und Abgrenzung	205
1. Rechtsfolgen	205
2. Zur Abgrenzung	205

SECHSTES KAPITEL: GLÄUBIGERVERZUG, SCHULDNERVERZUG UND NICHTLEISTUNG

§ 20 Gläubigerverzug	207
Fall 20: Spiel- und Erotikfilme § 295	207
Lerneinheit 20	208
I. Allgemeines	208
II. Gläubigerverzug durch tatsächliches Angebot (§ 294)	209
1. Tatsächliches Angebot	209
2. Nichtannahme durch den Gläubiger	210
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	211
1. Allgemeines	211
2. Einzelne Rechtsfolgen	211
IV. Ende des Gläubigerverzugs	213
V. Wörtliches Angebot (§ 295)	213
1. Anwendungsfälle	213
2. Leistungsfähigkeit des Schuldners (§ 297)	214
3. Rechtsfolgen	214
VI. Ausnahmsweise gar kein Angebot (§ 296)	215
1. Drei Fälle	215
2. Leistungsfähigkeit des Schuldners (§ 297)	216
3. Rechtsfolgen	216
VII. Sonderfall § 615	216
1. Gewöhnliche Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	216
2. Ungewöhnliche Rechtsfolge: Volle Gegenleistung	216
§ 21 Verzug des Schuldners mit einer Zahlung	217
Fall 21: Erfrischungsgetränk Scapper § 286	217
Lerneinheit 21	218
I. Pflichtverletzungen	218
II. Traditionelle Voraussetzungen des Zahlungsverzugs (§ 286 Abs. 1, 2, 4)	219
1. Einleitung	219
2. Fälligkeit	220
3. Durchsetzbarkeit	221
4. Selbstverständlich bei Geldschulden: Nachholbarkeit	222
5. Mahnung	222
6. Entfall der Mahnung im Einzelfall	224
7. Vertretenmüssen (§ 286 Abs. 4)	226

III. Verzug eines Unternehmers 30 Tage nach Rechnungserhalt (§ 286 Abs. 3 S. 1)	227
1. Einleitung	227
2. Nur Entgeltforderungen	227
3. Berechnung der Frist	227
4. Der Tag der Gutschrift entscheidet	228
5. Rechtsfolge der Nichtzahlung	228
IV. Verzug eines Verbrauchers 30 Tage nach Rechnungserhalt (§ 286 Abs. 3)	229
1. Grundsatz	229
2. Ausnahmen	229
V. Das Ende des Zahlungsverzugs	229
VI. Rechtsfolgen des Zahlungsverzugs	230
1. Fortbestand der Leistungspflicht, kein Rücktrittsrecht des Gläubigers	230
2. Verzugszinsen (§ 288)	230
3. Höhere Zinsen (§ 288 Abs. 3)	231
4. Weiterer Schaden (§ 288 Abs. 4)	232
5. Sonstiger Verzugsschaden	232
§ 22 Verzug des Schuldners mit einer anderen Leistung	233
Fall 22: Computer statt Sachbearbeiterin §§ 280, 286	233
Lerneinheit 22	235
I. Diesmal geht es nicht um Geld	235
II. Voraussetzungen des Schuldnerverzugs außerhalb von Zahlungen	235
1. Fälligkeit	235
2. Durchsetzbarkeit	235
3. Nachholbarkeit	236
4. Mahnung oder Entbehrlichkeit der Mahnung	236
5. Vertretenmüssen	237
III. Das Ende des Schuldnerverzugs	238
IV. Rechtsfolge: Ersatz des Verzugsschadens (§ 280 Abs. 1)	238
1. Einführung	238
2. Voraussetzungen eines Anspruchs auf Ersatz des Verzugsschadens (§ 280)	239
3. Rechtsfolge: Anspruch auf Ersatz des Verzugsschadens	240
4. Beginn und Ende der Schadensersatzpflicht	241
V. Weitere Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	241
1. Fortbestand der Leistungspflicht, kein Rücktrittsrecht	241
2. Haftung für Zufall (§ 287 S. 2)	242
§ 23 Schadensersatz wegen nicht erbrachter Leistung (§ 281)	242
Fall 23: Keine weitere Einlagerung von Gasöl § 281	242
Lerneinheit 23	243
I. Zum Aufbau der folgenden Darstellung	244
II. Der Verzicht auf die geschuldete Leistung	244
III. Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs nach § 281	244
1. Irgendein Schuldverhältnis	244
2. Fälligkeit der Leistung	245
3. Durchsetzbarkeit	245

4. Nicht erbrachte Leistung	245
5. Nachholbarkeit	246
6. Zu vertretende Pflichtverletzung	246
7. Schaden, der durch die Leistung noch abgewendet werden kann	247
8. Angemessene Frist zur Leistung (§ 281 Abs. 1 S. 1 aE)	247
9. Erfolgreicher Ablauf der Frist	249
IV. Rechtslage nach Fristablauf	249
1. Der Gläubiger verlangt Schadensersatz statt der Leistung	249
2. Der Gläubiger verlangt Erfüllung	250
3. Rücktritt (§ 323)	251
4. Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	251
V. Sonderfälle	252
1. Fristsetzung entbehrlich (§ 281 Abs. 2)	252
2. Der Schuldner hat Teilleistungen erbracht (§ 281 Abs. 1 S. 2, Abs. 5)	253
3. Unterlassungspflichten (§ 281 Abs. 3)	254
VI. Vergleich zwischen Schadensersatz statt der Leistung (§ 281) und Verzugschaden	254
§ 24 Rücktritt wegen nicht erbrachter Leistung (§ 323)	254
Fall 24: Motoryacht § 323	254
Lerneinheit 24	256
I. Aufbau des Gesetzes	256
II. Voraussetzungen des Rücktritts wegen Nichtleistung nach § 323 Abs. 1	257
1. Gegenseitiger Vertrag	257
2. Fälligkeit der Leistung des Schuldners	257
3. Nachholbarkeit	258
4. Nichtleistung	258
5. Keine Verantwortlichkeit des Gläubigers (§ 323 Abs. 6)	258
6. Erfolgreicher Ablauf einer angemessenen Frist	258
III. Rechtsfolgen	259
IV. Sonderfälle	260
1. Fristsetzung entbehrlich (§ 323 Abs. 2)	260
2. Verantwortlichkeit des Gläubigers (§ 323 Abs. 6)	261
3. Der Schuldner hat nur eine Teilleistung erbracht (§ 323 Abs. 5 S. 1)	262
4. Vollzogenes Dauerschuldverhältnis	263
V. Rücktritt und Schadensersatz	263
 SIEBTES KAPITEL: UNMÖGLICHKEIT DER LEISTUNG	
§ 25 Der Begriff der Unmöglichkeit	264
Fall 25: Endgültiger Verlust der Wohnung § 275 Abs. 1	264
Lerneinheit 25	264
I. Hintergrund	265
II. Unmöglichkeit im engeren Sinne (§ 275 Abs. 1)	265
1. Subjektive und objektive Unmöglichkeit	265

2. Gegensatz: Nachholbarkeit	265
3. Tatsächliche (physische) Unmöglichkeit	265
4. Absolute Fixgeschäfte	266
5. Dauerschuldverhältnisse	268
6. Rechtliche Unmöglichkeit	268
7. Keine Unmöglichkeit bei Doppelverpflichtung	269
8. Sonderfall Geldschuld	269
9. Rechtsfolgen der Unmöglichkeit (§ 275 Abs. 1)	269
III. Der Unmöglichkeit gleichgestellte Fälle (§ 275 Abs. 2, 3)	270
1. Grobes Missverhältnis (§ 275 Abs. 2)	270
2. Unzumutbarkeit (§ 275 Abs. 3)	272
3. Rechtsfolgen	272
§ 26 Anfängliche Unmöglichkeit	273
Fall 26: Manipulierter BMW § 311a	273
Lerneinheit 26	274
I. Einführung	274
1. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	274
2. Beispiele für anfängliche Unmöglichkeit	274
II. Keine Unwirksamkeit des Vertrags (§ 311a Abs. 1)	275
III. Schadensersatz (§ 311a Abs. 2)	275
1. Anfängliche Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit nach § 275 Abs. 1–3	275
2. Vertretenmüssen	276
3. Rechtsfolgen	277
IV. Andere Rechte	277
1. Entfall der Gegenleistung im gegenseitigen Vertrag (§ 326)	277
2. Einseitig verpflichtender Vertrag	278
§ 27 Nachträgliche Unmöglichkeit – Der Schuldner hat die Unmöglichkeit verschuldet	278
Fall 27: Dienstwagen Audi A 6 § 283	278
Lerneinheit 27	280
I. Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs nach § 283 S. 1	280
1. Irgendeine geschuldete Leistung	280
2. Nachträgliche Unmöglichkeit oder gleichgestellte Fälle (§ 275 Abs. 1–3)	281
3. Vom Schuldner verschuldet	281
II. Rechtsfolgen	282
1. Schadensersatz „statt der Leistung“	282
2. Schadensersatz „neben“ der Leistung nach § 280 Abs. 1 (Ersatz des Begleit- oder Folgeschadens)	282
3. Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	283
III. Sonderfälle	283
1. Die Leistung ist nur teilweise unmöglich geworden (283 S. 2)	283
2. Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	284

§ 28 Der Schuldner trägt das Risiko der zufälligen Unmöglichkeit	286
Fall 28: Porsche 959 §§ 283, 276 Abs. 1 S. 1	286
Lerneinheit 28	287
I. Das Problem der durch Zufall eintretenden Unmöglichkeit	288
II. Zuweisung des Zufallsrisikos an den Schuldner	288
1. Fallgruppen	288
2. Rechtsfolge	290
§ 29 Der Gläubiger hat die Unmöglichkeit verschuldet	290
Fall 29: Verunglückte Opernsängerin §§ 275 Abs. 1, 326 Abs. 2	290
Lerneinheit 29	292
I. Einleitung	292
II. Voraussetzungen des § 326 Abs. 2 S. 1 Alt. 1	292
1. Unmöglichkeit der vom Schuldner zu erbringenden Leistung	292
2. Hauptpflicht aus einem gegenseitigen Vertrag	293
3. Weit überwiegende Verantwortlichkeit des Gläubigers	293
III. Rechtsfolgen des § 326 Abs. 2 S. 1 Alt. 1	294
1. Fortbestand des Anspruchs auf das Entgelt	294
2. Anrechnung (§ 326 Abs. 2 S. 2)	295
3. Kein Rücktrittsrecht des Gläubigers (§ 323 Abs. 6)	295
IV. Einzelfragen	295
1. Verhältnis zu § 323 Abs. 6	295
2. Sonderfall § 615	296
V. Exkurs: Die beiderseits zu vertretende Unmöglichkeit	296
§ 30 Der Gläubiger trägt das Risiko der zufälligen Unmöglichkeit	297
Fall 30: Unauffindbarer Fünfer §§ 275 Abs. 1, 326 Abs. 2	297
Lerneinheit 30	298
I. Problemstellung (§ 326 Abs. 2)	298
II. Fallgruppen der Verantwortlichkeit des Gläubigers ohne Verschulden	299
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers ohne Gläubigerverzug (§ 326 Abs. 2 S. 1 Alt. 1)	299
2. Eintritt der zufälligen Unmöglichkeit im Gläubigerverzug (§ 326 Abs. 2 S. 1 Alt. 2)	300
III. Rechtsfolge	301
§ 31 Keiner von beiden ist verantwortlich	302
Fall 31: Kein Training mehr im Fitnessstudio § 326	302
Lerneinheit 31	303
I. Problemstellung	303
II. Die Voraussetzungen des § 326 Abs. 1 S. 1 im Einzelnen	303
1. Unmöglichkeit der vom Schuldner zu erbringenden Leistung	303
2. Hauptpflicht aus einem gegenseitigen Vertrag	304
3. Verschulden des Schuldners gleichgültig	304

4. Aber keine Verantwortlichkeit des Gläubigers	304
III. Rechtsfolgen (§ 326 Abs. 1 S. 1)	304
IV. Sonderfälle	305
1. Die Schuldnerleistung ist nur teilweise unmöglich (§ 326 Abs. 1 S. 1 Hs 2)	305
2. Herausgabe des Ersatzes nach § 285 (§ 326 Abs. 3)	306
V. Rücktritt (§ 326 Abs. 5)	307
1. Fälle, in denen ein Rücktritt sinnvoll ist	307
2. Voraussetzungen des Rücktritts	308
3. Rechtsfolge des Rücktritts (§ 326 Abs. 1 S. 1)	309

ACHTES KAPITEL: ANDERE PFLICHTVERLETZUNGEN

§ 32 Schlechterfüllung	310
Fall 32: Wachmann als Brandstifter § 280	310
Lerneinheit 32	311
I. Einführung	312
II. Schadensersatz „statt der Leistung“ wegen Schlechterfüllung nach § 281 Abs. 1 S. 1	312
1. Voraussetzungen	312
2. Rechtsfolge: „Großer“ oder „kleiner“ Schadensersatz (§ 281 Abs. 1 S. 3)	315
III. Schadensersatz neben der Leistung nach § 280 (Ersatz von Folgeschäden)	316
1. Allgemeines	316
2. Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 bei der Verletzung einer Leistungspflicht	316
3. Rechtsfolge	317
4. Anwendungsbereiche	317
IV. Rücktritt wegen „nicht vertragsgemäß“ erbrachter Leistung (§ 323)	319
1. Allgemeines	319
2. Voraussetzungen des Rücktritts wegen Schlechterfüllung (§ 323)	320
3. Rechtsfolge	321
§ 33 Verletzung von Verhaltenspflichten nach Vertragsschluss	321
Fall 33: Kartoffelpülpe § 280	321
Lerneinheit 33	323
I. Einführung	323
1. Leistungspflichten und Verhaltenspflichten	323
2. Probleme der Abgrenzung	324
II. Unzumutbarkeit der weiteren Leistung (§ 282)	324
III. Schadensersatz neben der Leistung (Ersatz von Folgeschäden)	325
1. Einführung	325
2. Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 bei der Verletzung von Verhaltenspflichten	325
3. Rechtsfolgen des § 280 Abs. 1	325
4. Anwendungsbereiche	325

Inhaltsverzeichnis

IV. Rücktritt wegen der Verletzung einer Verhaltenspflicht (§ 324)	328
1. Voraussetzungen des Rücktritts (§ 324)	328
2. Rechtsfolge	329
§ 34 Pflichtverletzung vor Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	329
Fall 34: Salatblatt §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1	329
Lerneinheit 34	330
I. Hintergrund	331
II. Zur Geschichte der culpa in contrahendo	331
III. Definition und Überblick	332
1. Definition	332
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick	332
IV. Das vorvertragliche Vertrauensverhältnis	333
1. Entstehung (§ 311 Abs. 2 Nr. 1–3)	333
2. Inhalt des vorvertraglichen Vertrauensverhältnisses (§ 241 Abs. 2)	334
V. Die Verletzung der vorvertraglichen Pflichten	335
1. Pflichtverletzung (§ 280 Abs. 1 S. 1)	335
2. Vertretenmüssen (§ 280 Abs. 1 S. 2)	335
VI. Fallgruppen	335
1. Verletzung des Körpers oder des Eigentums	335
2. Der angestrebte Vertrag ist nicht zustande gekommen	335
3. Der Vertrag ist zustande gekommen	336
VII. Rechtsfolge: Schadensersatz	338
1. Der Geschädigte verlangt den Ausgleich eines Personen- oder Sachschadens	338
2. Der Geschädigte verlangt den Abschluss des vereitelten Vertrags	339
3. Der Geschädigte verlangt das negative Interesse	339
4. Der Geschädigte verlangt das positive Interesse	339
VIII. Sonderfälle	340
1. Anfechtung nach § 123 und culpa in contrahendo	340
2. Sachmängelansprüche des Käufers und culpa in contrahendo	341
3. Alternative: Beratungsvertrag	341
IX. Persönliche Haftung eines Dritten (§ 311 Abs. 3)	342
1. Grundsatz	342
2. Voraussetzungen	342
3. Rechtsfolge	344

NEUNTES KAPITEL: SCHADENSERSATZ

§ 35 Grundsätze des Schadensersatzrechts	345
Fall 35: Explodierter Tank §§ 249 ff	345
Lerneinheit 35	346
I. Grundsätze	347
1. Die §§ 249 ff sind keine Anspruchsgrundlagen	347
2. Differenzhypothese	347
3. Umfang des Schadensersatzes	347

4. Der Grundsatz der Naturalrestitution	348
II. Es geht um eine Sache	348
1. Die Wiederherstellung der Sache ist möglich, und zwar mit angemessenem Aufwand	348
2. Die Herstellung ist möglich, aber „nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen“ (§ 251 Abs. 2 S. 1)	350
3. Die Wiederherstellung ist nicht möglich (§ 251 Abs. 1)	352
III. Verletzung eines Menschen	353
1. Naturalherstellung möglich	353
2. Naturalherstellung nicht möglich	354
IV. Weder Mensch noch Sache (§ 249 Abs. 1)	354
1. Naturalherstellung möglich	354
2. Naturalherstellung nicht möglich	355
§ 36 Schadensersatz bei Pkw-Unfällen	356
Fall 36: Trennung vor Ablauf von sechs Monaten §§ 249, 251	356
Lerneinheit 36	357
I. Einführung	358
1. Allgemeines	358
2. Interessen	358
3. Begriffe	359
4. Beim Wirtschaftlichkeitsvergleich zählt der Wiederbeschaffungswert	360
II. Reparaturkosten niedriger als Wiederbeschaffungsaufwand	361
1. Einleitung	361
2. Reparatur	361
3. Der Geschädigte verlangt die fiktiven Reparaturkosten („Abrechnung auf Gutachtenbasis“)	362
4. Ersatzfahrzeug	362
III. Reparaturkosten höher als Wiederbeschaffungsaufwand, aber geringer als Wiederbeschaffungswert	363
1. Einleitung	363
2. Der Geschädigte hat das Fahrzeug nach dem Unfall mindestens sechs Monate genutzt	363
3. Der Geschädigte hat das Fahrzeug nach dem Unfall nicht sechs Monate genutzt	364
IV. Reparaturkosten um bis zu 30 % höher als der Wiederbeschaffungswert	365
1. Einleitung	365
2. Der Geschädigte hat das Fahrzeug nach dem Unfall mindestens sechs Monate genutzt	365
3. Der Geschädigte hat das Fahrzeug nach dem Unfall nicht sechs Monate genutzt	365
V. Reparaturkosten höher als 130 % des Wiederbeschaffungswertes (wirtschaftlicher Totalschaden)	366
1. Definition	366
2. Art der Reparatur	366
VI. Technischer Totalschaden	367
1. Definition	367

2. Durchführung	367
VII. Streitpunkt Restwert	368
VIII. Unechter Totalschaden (Abrechnung auf Neuwagenbasis)	368
1. Definition	368
2. Voraussetzungen	368
3. Rechtsfolge	369
IX. Mietwagenkosten oder Nutzungsausfallentschädigung	369
1. Mietwagenkosten	369
2. Nutzungsausfallentschädigung	371
X. Umsatzsteuer (§ 249 Abs. 2 S. 2)	371
§ 37 Mitverschulden	372
Fall 37: Elfenbeinminiatur § 254	372
Lerneinheit 37	373
I. Einführung	374
II. Grundsätze	374
III. Gesetzliche Fallgruppen	375
1. Verschulden „bei der Entstehung des Schadens“ (§ 254 Abs. 1)	375
2. Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens (§ 254 Abs. 2 S. 1 Alt. 1)	375
3. Schaden abwenden	376
4. Schaden eindämmen	376
IV. Rechtsfolgen des Mitverschuldens	377
V. Einzelfragen	378
1. Mitverschulden eines Laien	378
2. Kein Mitverschulden eines selbstlosen Helfers	379
3. Leichtgläubigkeit des Geschädigten	379
4. Gefährdungshaftung	379
5. Jugendliche	380
6. Schadensersatzansprüche gegen eigene Arbeitnehmer	380
VI. Mitverschulden von Hilfspersonen (§ 254 Abs. 2 S. 2)	381
1. Grundsatz	381
2. Schädigung im Rahmen eines bestehenden Schuldverhältnisses (§ 254 Abs. 2 S. 2)	381
3. Nichtbestehen eines Schuldverhältnisses	382
§ 38 Schadensersatz wegen vertraglicher Pflichtverletzung	382
Fall 38: Isokratische und binäre Analysegeräte §§ 252, 284	382
Lerneinheit 38	384
I. Einführung	384
II. Negatives Interesse (Vertrauensschaden)	384
III. Positives Interesse	385
1. Einführung	385
2. Schadensersatz statt der Leistung	385
3. Schadensersatz „neben“ der Leistung für Begleitschäden (Folgeschäden) nach § 280 Abs. 1	387
4. Kombination beider Arten des Schadensersatzes	388

IV. Berechnung des positiven Interesses (§§ 249, 251 Abs. 1)	388
1. Grundsätze	388
2. Entgangener Gewinn (§ 252)	389
3. Besonderheiten des gegenseitigen Vertrags	390
V. Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	391
1. Einführung	391
2. Interessenlage	391
3. Voraussetzungen des Aufwendungsersatzanspruchs nach § 284	392
4. Rechtsfolge	393
5. Keine Kombination	394
§ 39 Nichtvermögensschäden	394
Fall 39: Villenschlüssel §§ 286 Abs. 1, 249	394
Lerneinheit 39	395
I. Einführung	396
II. Schäden am Vermögen	396
III. Schäden an immateriellen Rechtsgütern (Nichtvermögensschäden)	397
1. Allgemeines	397
2. Ausnahmsweise Geld	397
3. Ansonsten gilt: Keine Entschädigung „in Geld“ ...	398
4. ... aber Naturalherstellung	398
IV. Einzelfälle	399
1. Entzogene Nutzungs- und Genussmöglichkeiten	399
2. Eigener Arbeitsaufwand als Schaden	400
3. Beschränkung der Dispositionsfreiheit	401
4. Das ungewollte Kind als Schaden	401
§ 40 Zurechnung des Schadens	402
Fall 40: Vergessener Stecker § 249	402
Lerneinheit 40	403
I. Kausalität	403
1. Condicio sine qua non	403
2. Äquivalenztheorie	404
II. Beschränkung des zu ersetzenden Schadens	404
1. Adäquanztheorie	404
2. Fehlen des Zurechnungszusammenhangs	405
3. Schutzzweck der verletzten Norm	408
III. Einzelprobleme	409
1. Mitursächlichkeit	409
2. Doppelkausalität	409
3. Vorschädigung	409
4. Hypothetische Kausalität	410
5. Rechtmäßiges Alternativverhalten	411
6. Hypothetisches Gerichtsurteil	411
IV. Beweisfragen	411
1. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	411

Inhaltsverzeichnis

2. Anscheinsbeweis	412
3. Vermutung beratungsrichtigen Verhaltens	414
§ 41 Anrechnung von Vorteilen	414
Fall 41: 10.000 Euro Abfindung § 249	414
Lerneinheit 41	416
I. Glück im Unglück	416
II. Definition	416
III. Voraussetzungen der Vorteilsanrechnung	417
1. Eintritt eines Schadens	417
2. Adäquate Kausalität	417
3. Gerechtigkeit im Einzelfall	418
IV. Fallgruppen	418
1. Vorteilsanrechnung anerkannt	418
2. Keine Vorteilsanrechnung	420
3. Steuervorteile	420

ZEHNTES KAPITEL: EINBEZIEHUNG DRITTER IN DAS SCHULDVERHÄLTNIS

§ 42 Verträge zugunsten Dritter	422
Fall 42: Maklerklausel § 328	422
Lerneinheit 42	423
I. Hintergrund	423
II. Definition	424
III. Fallgruppen	424
1. Absicherung eines Dritten	424
2. Reisevertrag (§§ 651a ff)	425
3. Ärztliche Versorgung	425
4. Sparkonto	425
IV. Beteiligte Personen und bestehende Rechtsverhältnisse	426
1. Personen	426
2. Rechtsverhältnisse	427
V. Unsichere Rechtsposition des Dritten	428
VI. Störungen	428
VII. Verfügungen	429
§ 43 Verträge mit Schutzwirkung für Dritte	429
Fall 43: Falscher Jahresabschluss	429
Lerneinheit 43	431
I. Hintergrund	431
II. Grundlagen	432
1. Definition	432
2. Keine gesetzliche Regelung	432
3. Voraussetzung: Kein eigener vertraglicher Anspruch	432

III. Haftung von Sachverständigen gegenüber Dritten	433
1. Allgemeines	433
2. Die Person des Sachverständigen	433
3. Geschützter Personenkreis	434
IV. Andere Fallgruppen	435
1. Schutz der körperlichen Integrität	435
2. Schutz des Eigentums	436
V. Rechtsfolge	436
VI. Abgrenzung von § 311 Abs. 3	436
§ 44 Drittschadensliquidation	437
Fall 44: Pelzlager	437
Lerneinheit 44	438
I. Hintergrund	438
II. Definition	438
III. Fallgruppen	439
1. Verwahrung fremder Sachen	439
2. Versendungskauf	439
3. Verdeckte Stellvertretung (Treuhand)	440
IV. Rechtsfolgen	440

ELFTES KAPITEL: RECHTSNACHFOLGE IN FORDERUNGEN UND SCHULDEN

§ 45 Voraussetzungen der Abtretung	442
Fall 45: Schenkweise Abtretung an die Ehefrau § 398	442
Lerneinheit 45	443
I. Begriffe	443
1. Übertragung einer Forderung	443
2. Abtretung (§ 398)	444
3. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 412)	444
4. Sicherungsabtretung	445
II. Voraussetzungen der Abtretung	445
1. Abtretungsvertrag	445
2. Existenz der Forderung	446
3. Gläubigerstellung des Abtretenden	446
4. Bestimmtheit/Bestimmbarkeit der Forderung	446
5. Abtretbarkeit der Forderung	447
III. Rechtsfolgen der Abtretung	447
IV. Das zugrunde liegende Verpflichtungsgeschäft	448
1. Bedeutung des Verpflichtungsgeschäfts	448
2. Forderungskauf	448
3. Andere Verpflichtungsgeschäfte	448
V. Wirtschaftliche Bedeutung	449

§ 46 Abtretungsverbote	450
Fall 46: Provisionsansprüche einer Versicherungsvertreterin §§ 398, 134	450
Lerneinheit 46	451
I. Inhaltsänderung (§ 399 Alt. 1)	451
II. Ausschluss oder Erschwerung der Abtretung durch Vertrag (§ 399 Alt. 2)	451
1. Grundregel	451
2. Sonderregel für Kaufleute und Behörden (§ 354a HGB)	452
III. Gesetzliche Abtretungsverbote	452
1. Unpfändbarkeit	452
2. Kontokorrent	453
3. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	453
§ 47 Schutz des Schuldners	454
Fall 47: Stoffe für 19,8 Mio. Euro §§ 398, 407	454
Lerneinheit 47	455
I. Allgemeines	456
II. Schutz aller Schuldner (§ 404)	456
III. Zusätzlicher Schutz für den unwissenden Schuldner	457
1. Rechtsgeschäfte zwischen dem Schuldner und dem bisherigen Gläubiger (§ 407 Abs. 1)	457
2. Sonstige Schutzvorschriften (§§ 408–410)	458
IV. Erhalt der Aufrechnungsmöglichkeit (§ 406)	459
1. Aufrechnung vor der Abtretung	459
2. Aufrechnung nach der Abtretung	459
3. Der Grundtatbestand des § 406	460
4. Ausnahmen	460
§ 48 Schuldübernahme	462
Fall 48: Hans Hollenstein Tiefbau § 415	462
Lerneinheit 48	463
I. Hintergrund	463
II. Definition	464
III. Das Verfahren nach § 414	464
IV. Das Verfahren nach § 415	465
1. Allgemeines	465
2. Zwingend erforderliche Zustimmung des Gläubigers	466
3. Sonderfall: Übernahme einer hypothekarisch gesicherten Schuld	467
V. Rechtsfolgen der Schuldübernahme	467
VI. Abgrenzung von ähnlichen Verträgen	468
1. Schuldbeitritt	468
2. Erfüllungsübernahme (§ 329)	468
3. Vertragsübernahme	468

ZWÖLFTES KAPITEL: MEHRHEIT VON SCHULDNERN ODER GLÄUBIGERN

§ 49 Teilschuld	470
Fall 49: Heizölbestellung §§ 420, 421	470
Lerneinheit 49	471
I. Einführung	472
II. Gesetzliche Regelung	472
III. Definition der Teilschuld	473
IV. Interessenlage	473
V. Anwendungsfälle	473
§ 50 Gesamtschuld	474
Fall 50: Heizkostenabrechnung nur gegenüber der Ehefrau §§ 421, 425	474
Lerneinheit 50	475
I. Allgemeines	475
II. Interessenlage	476
III. Gesetzlich angeordnete Gesamtschuld	476
1. Unteilbare Leistungen (§ 431)	476
2. Gemeinsame Verpflichtung mehrerer (§ 427)	476
3. Mehrere Bürgen	477
4. Haftung für die Schulden einer Personengesellschaft	477
5. Gemeinsame unerlaubte Handlung (§ 840)	478
IV. Fälle, in denen Rechtsprechung und Lehre eine Gesamtschuld annehmen	479
1. Allgemeines	479
2. Voraussetzungen	479
V. Rechtsverhältnis zwischen den Gesamtschuldnern und dem Gläubiger	480
1. Gesamtwirkung	480
2. Einzelwirkung	481
§ 51 Ausgleich unter Gesamtschuldnern	481
Fall 51: Bröckelnder Putz der Friedhofsmauer § 426	481
Lerneinheit 51	483
I. Grundsatz	484
II. Aufteilung im Innenverhältnis	484
III. Rechte des in Anspruch genommenen Gesamtschuldners	485
1. Ausgangsfall	485
2. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 426 Abs. 2 S. 1)	485
3. Ansprüche aus § 426 Abs. 1 S. 1	486
§ 52 Schuldbeitritt	487
Fall 52: Erwin § 421	487
Lerneinheit 52	489
I. Hintergrund	489
II. Grundsätzliches	490

III. Entstehung des Schuldbeitritts	490
1. Entstehung kraft Gesetzes	490
2. Entstehung durch Vertrag	490
IV. Rechtsfolgen des Schuldbeitritts	491
V. Abgrenzung von ähnlichen Verträgen	492
1. Abgrenzung von der Schuldübernahme (§§ 414, 415)	492
2. Abgrenzung von der Bürgschaft (§ 765)	492
3. Abgrenzung von der Erfüllungsübernahme	493
4. Abgrenzung vom Vertragsbeitritt	493
§ 53 Gläubigermehrheit	494
Fall 53: Fenster § 420	494
Lerneinheit 53	495
I. Hintergrund	495
II. Teilgläubigerschaft (§ 420)	496
III. Gesamtgläubigerschaft (§§ 428–430)	496
1. Überblick	496
2. Beispiele	497
3. Rechtliche Regelung	498
IV. Mitgläubigerschaft (§ 432)	498
1. Allgemeines	498
2. Unteilbare Leistungen	499
3. Rechtliche Regelung	500
Sachregister	501